

**Vom pittoreskem ‚Dreaming‘ zum Albtraum. Über das Scheitern der
Selbstverwaltung von *Aboriginal Communities*.**

Adi Wimmer, Universität Klagenfurt

Sexual Abuse of Aboriginal children was found in every one of the 45 Northern Territory communities surveyed for the *Little Children are Sacred* Report. It was the straw breaking the camel's back, driving the Howard government's decision to intervene (Dr Brendan Nelson, 14 February 2008)

Im Oktober 1994 war ich Mitorganisator einer australistischen Klagenfurter Studienwoche, zu der wir einige ReferentInnen australischer Universitäten gewinnen konnten. Eine ungarische Kollegin stellte die Frage, was es mit den Gerüchten auf sich habe, es gebe in den Familien von Aborigines viel an

häuslicher Gewalt, auch sexueller. Die Antwort der australischen Kollegin fiel schmallippig aus: das seien lediglich Lügen von weißen Rassisten. Nichts daran sei wahr.

Neun Jahre später nahm ich in Portugal an einer Tagung der European Association for Studies of Australia teil; das Tagungsthema lautete „Australia – Who Cares?“ Xavier Pons hielt ein Referat mit dem Titel „Who Cares about the Aborigine“, welches in seinem Tenor völlig auf der Linie einer „Trauerarbeit“ und Aufarbeitung weißer Fehler lag. Aber gegen Ende seines vielschichtigen Vortrags erwähnte er Missstände innerhalb der *Aboriginal Communities*, so zum Beispiel sexuellen Missbrauch von Minderjährigen. Er provozierte damit eine heftige Gegenreaktion einer Kollegin der UWA. Man möge sich mit Anschuldigungen dieser Art zurückhalten, war ihre Meinung, denn sie würden nur den Gegnern einer liberalen Aboriginepolitik in die Hände spielen. Eine indigene Kollegin der UNSW sekundierte: Gerüchte über sexuelle Gewalt in Aborigine Kommunen würden gezielt ausgestreut, um von der 200-jährigen sexuellen Ausbeutung von Aboriginefrauen durch weiße Siedler abzulenken. Im Anschluss an die Tagung kam es aber dann noch viel dicker: die australische Kollegin der UWA verlangte von der EASA, sich für das Referat von Xavier Pons zu entschuldigen und zu beschließen, zukünftige Referate über Aborigines vor jeder Tagung vorlegen zu lassen, damit bei Bedarf auch zensuriert werden könne; und sie gab bekannt, dass einige ihrer australischen Kolleginnen im Vorfeld beschlossen hatten, sich den Vortrag gar nicht erst anzuhören, „lest they be compromised by it.“

Dass die Beziehungen zwischen den Kolonisatoren und den Ureinwohnern Australiens von 1788 bis ca. Mitte des 20. Jahrhunderts keine von gegenseitigen Respekt und Toleranz gekennzeichneten waren, ist schon oft beschrieben worden. Auch die Missetaten der Eindringlinge sind weitgehend bekannt, wobei die systematische Zwangsadoptierung von Kindern aus rassistisch gemischten Verhältnissen den wichtigsten australischen Diskurs der 1990iger darstellt. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde im Jahr 1995 eingesetzt; dieser veröffentlichte am 25. Mai 1996 ihren Abschlussbericht (gemeinhin als „The Stolen Generation Report“ bekannt), und ein Jahr später wurde der 25. Mai zum ‚National Sorry Day‘ erklärt. In den Magistrate von ca. 4000 australischen Städten wurden sogenannte ‚Sorry Books‘ aufgelegt, in die man sich eintragen konnte. Der Höhepunkt dieser Bewegung war zweifelsohne ein Demonstrationzug über die Sydney Harbour Bridge am 25. Mai 2000, an dem sich eine Viertelmillion Menschen beteiligte. Doch leider ist diese Bewegung mittlerweile völlig versandet (es sei denn, sie wird durch die aufsehenerregende „Sorry“ Rede des neuen Premierministers Kevin Rudd vom 13. Februar 2008 wiederbelebt.)

Dass Premierminister John Howard sich nicht überwinden konnte, als oberster Repräsentant Australiens ein einfaches „sorry“ zu sagen, sorgte zwar für gehörige Irritationen, aber die massive Kritik an ihm aus allen Lagern – einschließlich des früheren konservativen Premierministers Malcolm Fraser – schienen Howards Versagen aufzuwiegen. Das Schlagwort von der „Reconciliation“ war in aller Munde, und für eine kurze Zeit – zwischen der Veröffentlichung des Reports 1997 und der Tampa Affäre Ende 2001 war die Frage der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ bzw. einer Aussöhnung mit der indigenen Bevölkerung der wichtigste öffentliche Diskurs. Man glaubte sich auf dem richtigen Weg. Das sollte sich in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends ändern.

Nuggett Coombs

Seit ungefähr 1980 bilden die selbstverwalteten Aboriginekommunen (die meisten in Queensland, aber es gibt sie mit Ausnahme von Victoria und Tasmanien in jedem Bundesstaat) ein zentrales Element der Aboriginepolitik australischer Regierungen. Dass es zur Gründung dieser autonomen Siedlungen kam, geht in nicht unerheblichem Ausmaß auf das Wirken von H.C. („Nugget“) Coombs (1906-1992) zurück. Coombs war einer der einflussreichsten Administratoren Canberras; seine Karriere als Regierungsberater erstreckte sich von den 1930ern bis weit in die 80iger Jahre. Auch als Buchautor war Coombs erfolgreich, und seine Studie über die Zukunft der Aborigines war ein heiß diskutiertes Werk. Neben seinen Ämtern als Gouverneur der Commonwealth Bank, des Direktors des Australia Council oder des Chancellor der Australian National University ist vor allem seine Gründung und Leitung des „Council for Aboriginal Affairs“ zu erwähnen, dem er von 1968 bis 1976 vorstand. In dieser Funktion hatte Coombs großen Einfluss auf alle Regierungen von Gorton bis Hawke. Am überzeugendsten wirkte er anscheinend auf Gough Whitlam, der es ihm überließ, das „Aboriginal policy“ Papier der Labour Party für den Wahlkampf von 1972 zu schreiben (Wikipedia). Whitlam vertraute Coombs Vision über die Zukunft der Aborigines; umgesetzt wurden seine Pläne einer radikalen Autonomisierung für Aboriginal-Communities erst unter Bob Hawke. Coombs Überzeugung war es, dass Aborigines ein Recht darauf hätten, ‚anders‘ zu sein und ihre Kultur unbeeinflusst von außen leben zu können, und weiters befand er, die von ihm angestrebte Autonomie sei vom Staat zu finanzieren.

Wie Piers Akerman (2007, website) etwas polemisch aber sachlich korrekt schreibt, bestand die Politik von Coombs im Wesentlichen in einer Rückkehr zu einem idealisierten Lebensstil, wie er vor 1788 und der Invasion durch britische Kolonisatoren herrschte:

Coombs and his band of supporters believed Aboriginal Australians would be better served if they were isolated in remote areas and forced to reinvent the hunter-gatherer lifestyle they had begun drifting away from with the arrival of European settlers, domesticated animals, farmed crops and a monetary system.

Diese Politik des ‚laissez faire in der Wildnis‘ war schon 1980 eine verfehlt. Mit dem technologischen Fortschritt (Satelliten-TV, das Internet, Video und DVD, Mobiltelefonen) wurde sie völlig unsinnig. Coombs wurde 1992 zu der von ihm maßgeblich gestalteten Autonomiepolitik interviewt. Wenn man das Interview liest, ist man ein wenig überrascht, wie wenig präzise die Leitlinien dieser Politik dargelegt sind. Coombs ist sich zwar sicher, dass das System der Bevormundungen geändert werden musste, hatte aber darüber hinaus kaum weitergehende Vorstellungen. Hier die m.E. zentrale Passage:

(...) what we have to do is to accept the fact that Aborigines are different. They do have a different way of seeing the world and understanding it, they have a different vision of what the place should be like. They are autonomous their – by their nature yes a fundamental thing in Aboriginal society that what Judge Blackburn described it as a society which is run by laws not by men – or women. And I think that's important, they – nobody, no Aboriginal has the right to tell any other Aboriginal what he must do, or should do. Autonomy's - autonomy is fundamental to their ways of thinking now ... (*Sic*, www.australianbiography.gov.au/coombs/interview)

Dass Coombs sehr verschwommene Ansichten über die Art und Weise hatte, wie sich Aborigines nach der Selbstverwaltung ihr Bildungssystem organisieren sollten, wird aus einer anderen Passage desselben Interviews klar:

(...) starting with the education of how they are changing the way in which children, from the very beginning, are introduced to the world and to the ... and learn how to be Aborigines or to ... and those are – those things are very important and I, yeah so that as I say this is one area where, not because of our - I think our policies are almost universally wrong in relation to Aborigines. (*Sic*, *ibid.*)

Ungefähr ab 1980 wurde die Coomb'sche Doktrin der kulturellen und ökonomischen Autonomie in den entlegenen Regionen des Nordens, vor allem auf der Cape York Halbinsel, umgesetzt. Das Unterfangen hatte die Unterstützung auch der konservativen Parteien, was ich als einen Ausdruck der

fortschreitenden Romantisierung der Aborigines deutete. Die Folgen waren katastrophal. Was Coombs nicht in Erwägung gezogen hatte, war die ökonomische Basis dieses neuen autonomen Lebens. Es gab keine, und da die Aborigines selbst keine neuen, alternativen Ideen dazu entwickelten, lebten sie alle von Sozialzuwendungen, oder ‚sit-down money‘, wie sie alsbald genannt wurden. Langeweile, Müßiggang und Perspektivenlosigkeit machten sich breit, der Alkoholismus griff um sich, und damit gingen sexuelle Übergriffe auf Frauen und Kinder einher. Wenn man in den 90igern australische Kollegen auf den Alkoholismus von Aborigines ansprach, erhielt man immer dieselbe Antwort: „yes it is a problem, but not more so than in the white community.“ Man verschloss die Augen vor den Tatsachen und bewies artig ‚cultural sensitivity.‘ Als Kevin Rudd in einem Radiointerview Ende Februar 2008 den Alkoholismus von Aborigines als eine „epidemic that is starting to get somewhat out of control“ bezeichnete (zit. Pearson 2008:26), war dies „a breakthrough in recognition of the scale of the problems created by alcohol abuse“ (ibid). Wenn betrunkene Aborigines ihre Häuser demolierten, dann baute ihnen die Verwaltung neue. Die durchschnittliche Lebensdauer von Sozialhäusern in den *Aboriginal Communities* von Queensland beträgt 8 Jahre; die von Sozialbauten außerhalb hingegen 50 Jahre (Koch 2007). Daraus entwickelte sich unter den Indigenen ein kollektives Gefühl der Folgenlosigkeit des Handelns. Die weiße Polizei (wenn sie überhaupt präsent war) mischte sich nicht in häusliche Gewalt ein, auch die Verfolgung von Vergewaltigung und Kindesmissbrauch lag in der Sicht der Exekutive in der Eigenverantwortung der *Aboriginal Communities*. Leider waren die Männer, die diese Verbrechen begangen, auch die machtvollen Stammesälteren. Eine kollektive Dysfunktionalität war die Folge, ein Zusammenbruch der Werte und Normen, und der ist den kleinen Machtcliquen anzulasten. Diese Eliten hatten die Möglichkeit, jede Kritik zu unterbinden. Es gab keinen investigativen Journalismus, denn die *Aboriginal Communities* hatten es in der Hand, Besuchsrechte auszustellen – oder zu verweigern. Akademiker wussten von der Misere, waren aber oft durch ihre Unterzeichnung des unseligen ‚Ethics Code‘ dazu verpflichtet, nichts Negatives über die Kultur der Aborigines zu veröffentlichen. Sozialarbeiter konnten unschwer mundtot gemacht werden, indem man ihnen androh, sie als „rassistisch eingestellt“ zu diffamieren – worauf sie in aller Regel von den Behörden außerhalb sofort abgezogen wurden und zuweilen auch noch mit disziplinären Maßnahmen zu rechnen hatten (vgl McKenna, 5). Erst vor kurzem hat ein australischer Spitzenpolitiker (der frühere Vorsitzende der Labor Party Warren Mundine) diese Verschwörung des Schweigens angeprangert und seine Partei aufgefordert, „to have courage in challenging the old guard.“ (Robinson 2008:1). Natasha Robinson zitiert in ihrem Bericht auch den früheren Minister für *Aboriginal Affairs* Mal Brough,

dass „political correctness“ die Arbeit der Reformkräfte behindert habe und weiterhin behindere.

Zur Ehrenrettung der australischen Aboriginal Studies Akademiker muss man anmerken, dass es ein Anthropologe namens Peter Sutton war, der im Jahr 2000 mit einem Referat betitelt „The Politics of Suffering“ den ersten bedeutsamen Schritt zur Erhellung der geheim gehaltenen Zustände setzte (Sutton 2001, Rintoul 2007a:6). Wie er in einem ABC Interview 2007 angab, seien ab 1999 immer mehr Gerüchte über Gewalt gegen Frauen v.a. in den Cape York communities in Umlauf gekommen:

It began really with the status of victimhood as it were of women in Aboriginal communities, particularly in Cape York Peninsula. That was about 1999. (...) The issue's been brewing and brewing to the point where the pot has really gone over. But people are struggling radically with this now and really having to rethink. (Sales 2007)

Um sich aber das Ausmaß der Dysfunktionalität genau so bewußt zu machen wie das totale Versagen vieler ‚weißer‘ Behörden, ist es notwendig, einige repräsentative Fälle darzustellen.

Am 25. Mai 2005 (d.i. der ‚National Sorry Day‘) wurde in Araru (Coburg Peninsula, NT) eine 27jährige *schwangere* Frau von ihrem Mann zu Tode geprügelt, weil sie sich geweigert hatte, ihm ein Glas Wasser zu bringen. Sie hatte 29 Mal bei der Polizei Anzeige wegen Misshandlung erstattet, ohne dass ihr Mann ein einziges Mal festgenommen worden wäre. Ein Psychologe hatte das Jahr zuvor ein Gutachten zu diesem Fall erstellt, in dem er den gewaltsamen Tod der Frau – korrekt – vorhergesagt hatte. (Nowra, 2007:41)

In Darwin wurde 2002 ein ähnlicher Fall aktenanhängig. Ein Mann hatte seine Frau bewusstlos geprügelt und ging am Ende seiner Brutalitäten schlafen. Am Morgen stellte er fest, dass sie tot war. Bei seiner Vernehmung zeigte er keinerlei Reue und sagte: „I thought she would eventually wake up after I'd bashed her, she usually does“. Er erhielt eine Haftstrafe von 2 Jahren (ibid. 44)

Das ABC Programm *Lateline* (2007) zitierte eine Darwiner Oberstaatsanwältin, welche die Ergebnisse einer Untersuchung zu den gegenständlichen Missständen angestellt hatte, folgende Ergebnisse: „The panel appointed by the Territory Government says there's sexual abuse of children in almost every Aboriginal community in the NT, possibly in all of them. It says alcohol and pornography are

fuelling the problem. There's abuse against indigenous children as young as three.“

Ein Fall, in dem die Medien zu einer Verschärfung einer Strafe beitrugen, ereignete sich im Juni 2004 in Yarrillin (NT). Ein Mädchen war im Kindesalter einem Mann als Frau zugesprochen worden. Als sie das 14. Lebensalter erreichte, beanspruchte er sie, obwohl er verheiratet war. (Nach australischem Bundesgesetz ist das ‚Schutzalter‘ 16 Jahre.) Die Mutter des Mädchens war verstorben, und die erziehungsberechtigte Großmutter überantwortete das Mädchen dem 55-jährigen Mann. Er schleppte sie in seine Hütte, wo er sie 2 Tage lang vergewaltigte und sodomierte. Obwohl die Schreie des Mädchens im ganzen Dorf zu hören war, schritt niemand ein. Schließlich gelang ihr die Flucht, und nachdem ihr niemand in der Familie beizustehen bereit war, wandte sie sich an die Polizei. Der Richter verurteilte den Mann zu *einem Monat* Gefängnis. Aufgrund des gewaltigen Medienprotestes ging der Staatsanwalt in die Berufung und die Strafe wurde auf 3 Jahre erhöht. (Nowra, 47)

Gering fielen die Strafen auch bei noch viel abscheulicheren Sexualdelikten aus: Als ein 2-jähriges Kleinkind so schlimm penetriert wurde, daß ihre Vagina zerriss, erhielt der Täter nur 4 Jahre und 6 Monate Haft. Bei einem ähnlichen Fall in Hermannsburg entstand dieselbe Verletzung eines nur 7 Monate alten Mädchens durch digitale Penetration; das Strafausmaß betrug 5 Jahre. Man muss diese Strafen im Vergleich zu einer Serie von Vergewaltigungsdelikten sehen, die sich 2004 in Sydney durch muslimische Männer ereigneten. In diesen wurden Strafen zwischen 15 Jahren (der Täter war unter 18) und lebenslänglich verhängt. Ein ganz aktueller Fall aus dem Jahr 2008 betrifft einen pädophilen Mann, der mehrere Knaben zwischen 5 und 9 Jahren zu Fellatio zwang und bei seinem Prozess behauptete, er habe sie nur in übliche Sexualpraktiken der Aborigines eingeweiht. Die Richterin setzte den Mann frei und gab ihm drei Monate, um diese angeblichen Stammespraktiken zu beweisen!

Ein gewichtiger Grund für die unverständliche Milde liegt an einem wohlgemeinten Report, dem über die *Deaths in Custody* aus den Jahren 1992 – 1996, veröffentlicht durch das *Australian Institute of Criminology*, Canberra. Der Report empfahl der australischen Justiz, bei der Verhängung von Haftstrafen gegenüber indigenen Männern besonders vorsichtig vorzugehen – übersah aber, dass die Selbstmordrate unter Aborigines ohnehin mehr als doppelt so hoch ist wie in der weißen Bevölkerung. Ein ganz ähnliches Syndrom ist unter Sozialarbeitern festzustellen. Vernachlässigte und misshandelte Kinder von oft schwer alkoholkranken Aboriginefrauen werden nur zögerlich aus ihren lebensbedrohlichen Verhältnissen gerettet, weil man sich nicht dem Vorwurf

aussetzen will, schon wieder eine *Stolen Generation* zu produzieren. Durch das Zögern sind leider schon viele Kinder zu Tode gekommen, was fast immer vertuscht wurde.

Die Behörden, vor allem der Justizapparat, sind auch in anderer Weise mitschuldig. Von Beginn der Autonomie machten sie sich die Empfehlung von H.C. Coombs zu Eigen, *customary Aboriginal law* als Milderungsgrund bei Straftaten zu erachten. Dokumentiert ist ein Fall bereits aus dem Jahr 1980, als ein Aboriginemann namens Ivan Panka wegen lebensgefährlicher Verletzung seiner Frau, u.a. durch vaginale Penetration mit einem Stahlrohr vor Gericht stand. Er verteidigte sich damit, es sei Stammestradiation, eine Frau zu bestrafen, „when she is cheeky to her man“. Der Richter schrieb in seiner Begründung: „Rape is not considered as seriously in Aboriginal communities as in white communities“ und „the violation of an Aboriginal woman’s integrity is not nearly as significant as in the white community“ (zit. Nowra, 30). Eine derartige Urteilsbegründung kann nur als skandalös empfunden werden.

Ab 2001 begann der Vorhang des Schweigens, Risse zu bekommen. 2004 war ein erster Höhepunkt der Berichterstattung über die endemischen Missstände, durch den auch weitere Teile der Bevölkerung sensibilisiert wurden. Zum ersten Mal brachen Sozialarbeiterinnen ihr erzwungenes Schweigen über die systemische sexuelle Gewalt. Die geschockte Öffentlichkeit erfuhr, dass es in fast jeder selbstverwalteten *Aboriginal Community* eine kleine Machtclique gibt, die sich das Geschäft mit dem Alkohol ebenso aufteilt wie die Verfügbarkeit von jungen Mädchen und Frauen, und die jeden Versuch eines Aufdeckens mit dem probaten Mittel verhindert, den Sozialarbeitern das Zeugnis von „Rassismus“ oder zumindest der „Insensibilität“ auszustellen, was sofort zu ihrem Abzug aus der betreffenden Siedlung und möglicherweise sogar zu ihrer Entlassung führte. Die anderen Bewohner wurden entweder durch Gewaltdrohungen eingeschüchtert oder durch Alkoholgeschenke gefügig gemacht. Aber immer noch sahen die Zentralregierung wie auch die Verwaltung der Bundesstaaten untätig zu.

Seit 2004 sind eine ganze Reihe von offiziellen ‚Reports‘ sowohl auf Landes- wie auch Bundesebene veröffentlicht worden; auch die Medien (ABC ‚Lateline‘ ist hervorzuheben) haben sich daran beteiligt. Man kann aus diesen Untersuchungen eine Reihe von Grundstrukturen kondensieren, welche dringende Gegenmaßnahmen erfordern. Nowra hat sie wie folgt zusammengefasst:

The rate of domestic assault in indigenous communities is eight to ten times that of non-indigenous communities (7).

Aboriginal boys are ten times more likely to be sexually assaulted than boys in the general population and the sexual abuse of girls is so widespread that one-third of thirteen-year-old girls in the NT are infected with chlamydia and gonorrhoea (7).

Viewing pornography is commonplace and children are constantly exposed to it (37).

In Western Australia, sexual assault by Aboriginal men increased ten-fold between 1961 and 1981 (30).

The number of murdered Aboriginal women exceed[s] those of indigenous men who died in custody (31).

In a 2006 survey of indigenous men in Queensland and the NT, 10 percent of participants had been raped before reaching the age of sixteen. (...) A further 15 percent said they were victims of attempted forced anal sex (53)

In the mid-1990s, indigenous children made up about 4% of the Australian population but comprised 34 percent of children in care (55)

In Queensland indigenous children are up to 45 times more likely than non-indigenous children to be admitted to hospital for assault (81).

Erst im Juli 2007 kam es zu einem politischen Eingriff der Regierung Howard, der von der einen Seite als Eklat, von der anderen als längst überfälliger Befreiungsschlag gegen die systemische Gewalt gegenüber Frauen und Kindern empfunden wurde. Das Ministerium for Aboriginal Affairs (geleitet von Minister Mal Brough) hob die Autonomie der *Communities* auf, so wie sie drei Jahre vorher den ineffektiven und korrupten ATSIC aufgelöst hatte. Am 21. Juni erklärte Minister Brough, Australien könne „die Schande des sexuellen Missbrauchs von Kindern in den indigenen Siedlungen“ nicht mehr ignorieren. Er kündigte eine massive Intervention einer *task force* bestehend aus Polizei, Medizinerinnen und Juristen an. Auf Bundesebene stimmte die Labor Party unter Kevin Rudd dieser Intervention zu, auf der Ebene des Bundesstaates aber gab es massive Ablehnung durch die Labor Regierung der *Northern Territories*. Seither ist es laut Presseberichten zu Verbesserungen gekommen, wenngleich nicht überall. Die Flut an zum Teil wirklich entsetzlichen Enthüllungen hat auch alle, die sich für die Beibehaltung der indigenen Autonomie aussprachen, in die Defensive gedrängt. Zum ersten Mal ist aber auch eine tiefe Spaltung im Lager der politisch aktiven Aborigines aufgetreten. Die Minderheit, welche eine

Zurücknahme der Interventionspolitik fordert, tritt allerdings wesentlich lautstärker auf als die moderate Gruppe um Marcia Langton und Noel Pearson.

Die Intervention des damaligen Premiers John Howard wurde von allen Aboriginefrauen begrüßt. Am meisten begrüßten ihn die Sozialarbeiter, welche quasi an der Front des Geschehens waren und an der bisherigen Untätigkeit der Justiz und Sozialbehörden fast verzweifeln. Opposition gab und gibt es von Personen aus dem traditionell ‚linken‘ Lager, und von fundamentalistischen und auf Totalkonfrontation ausgerichteten Aktivisten wie Gillian Cowlshaw (2003; vgl dazu eine überzeugende Replik von Sutton, 2005) oder Mike Mansell (zit. Rintoul, 2007b). Diese Leute, die jede Diskussion der Missstände abwürgen wollen, tragen eine Mitschuld an der langen Verschleierung des Gewaltsyndroms, und Peter Sutton bezeichnete sie unverblümt als ‚Faschisten‘, die man nur bekämpfen könne (2008). Widerstand kommt auch von ideologisch versteinerten ‚Linken‘ aus meiner *baby-boomer* Generation, die ihre Positionen nicht mehr verändern können oder wollen, weil damit auch eine Erosion ihrer eigenen Biografie und ihres Denkens verbunden wäre. Typisch dafür ist die Reaktion der Labour Regierung der Northern Territories auf das Drängen von indigenen Frauen und den Medien auf ein Verbot von Alkoholverkauf in Zentralaustralien. „We’ve tried almost everything“ wird der 64-jährige Hermann Malbunka zitiert: „all them bloody mongrels, even the little kids, they’ve started drinking“ (Kearney 2007). Obwohl bekannt ist, dass Alice Springs (mit einem indigenen Bevölkerungsanteil von 25%) eine um 70% höhere Alkohol-konsumrate als der Rest Australiens aufweist, lautete die offizielle Reaktion aus dem Darwiner Amtssitz der Regionalverwaltung, man müsse zuerst die Auswirkungen von kürzlich erlassenen Alkoholeinschränkungen erheben., bevor „anything more drastic“ (ibid.) in Betracht gezogen würde.

Nachsatz

Optimisten hatten gehofft, dass nach der Flut an Enthüllungen über die dysfunktionalen *Aboriginal Communities* keine weiteren Fälle von Kindesmissbrauch mehr vorkommen würden. Dass dies eine naive Hoffnung war, zeigt ein besonders abstoßender Fall sexueller Gewalt, der sich im November 2007 in Aurukun, einer indigenen Siedlung an der Ostküste der Halbinsel von Cape York ereignete. Der Fall wurde einige Wochen lang sehr heftig in den australischen Medien debattiert.

Ein zehnjähriges Mädchen wurde von neun Tätern vergewaltigt, sechs davon waren unter achtzehn. Das Mädchen, Tochter einer alkoholkranken Frau, war von den Behörden aus dieser Siedlung entfernt und Pflegeeltern in Brisbane übergeben

worden. Als eine entfernte Verwandte des Mädchens starb, entschied die „Child Safety“ Behörde, sie müsse an der Bestattungszeremonie teilnehmen, und so wurde sie mit einem Kleinflugzeug nach Aurukun gebracht, wo sie in den darauf folgenden Tagen mehrfach vergewaltigt wurde. Ihre Verwandten machten keine Anzeige, weil sie damit gleich mehrere junge Männer der eigenen Familie an die Polizei ausgeliefert hätten. Und so gingen die Übergriffe immer weiter, ein typisches Muster. Darauf lief das Mädchen zur örtlichen Sozialarbeiterin, die ebenfalls keine Anzeige erstattete. Lediglich ein Gesundheitcheck wurde gemacht, und da erwies es sich, dass das Mädchen mit Gonorrhoe angesteckt worden war. Selbst dann fragte die Sozialarbeiterin nach, ob Gonorrhoe auf nicht-sexuellem Weg übertragen werden könne, und als ihr die entsprechende Antwort erteilt wurde, zeigte sie den Fall noch immer nicht an. Die Anzeige erfolgte dann von Brisbane aus, „eher zufällig“ wie ein Kommentar der Zeitung *The Australian* vermerkte. Aber auch dann reagierten die Behörden äußerst zögerlich. Die Polizei stellte die Identität der neun Vergewaltiger fest und erhielt auch rasch Geständnisse, nahm aber niemanden in Haft. Im Prozess beantragte der Staatsanwalt bedingte Haftstrafen. Der Strafrichter hielt sich an den Antrag. Kein einziger der Täter wanderte ins Gefängnis. Dass sie nie in Haft genommen wurden und sofort in ihr Heimatdorf zurückkehren konnten, bestätigte den Einwohnern von Aurukun, dass unter den herrschenden Verhältnissen Aboriginemänner „von jeder Verantwortung für ihr Tun entbunden sind.“ („Opinion“, 2007(b):18). Noel Pearson, der einflußreiche Leiter des „Cape York Institute for Policy and Leadership“ sieht gravierende Auswirkungen dieser jahrelangen „Laissez faire“ Politik auf das moralische Empfinden: „In abgelegenen Kommunen gibt es kaum einen Zusammenhang mehr zwischen dem Verhalten der Menschen und ihrer Umgebung; unverantwortliches Verhalten bewirkt keinerlei Reaktion durch die Gemeinschaft oder die Verwaltung“ (2007).

Man könnte meinen, im Licht der aufgezeigten Missstände seien alle Beteiligten, also auch die Sprecher der Aborigines, für ihre radikale Beseitigung. Weit gefehlt. Der langjährige Vorsitzende des ATSIC, Geoff Clerk, wurde selbst der Vergewaltigung in vier Fällen angeklagt. Drei davon wurden als verjährt zu den Akten gelegt. Im Dezember 2007 wurde Clark, nachdem er alle Instanzen und Rechtsmittel ausgeschöpft hatte, schuldig gesprochen, 1971 zweimal eine Massenvergewaltigung der 14-jährigen Carol Ann Stingel angeführt zu haben, aber lediglich zu einer Geldstrafe von 20.000 Dollar verurteilt (Uebergang, 2). Mit hohlem Pathos bezeichnete Clark das Urteil als "the lowest point in the history of this country" (*Wikipedia*: Geoff Clark). Die Fälle waren seit 2001 rechtsanhängig, und dennoch wurde Clark 2003 als Vorsitzender von ATSIC in seinem Amt bestätigt.

Wie im Vorhergehenden aufgezeigt wurde, konnte sich ein System strafloser sexueller Gewalt nur durch die Abwesenheit einer Öffentlichkeit und durch eine institutionelle Zensur entfalten und halten. Es sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein, dass recherchierende Journalisten Zugang zu allen *Aboriginal Communities* haben. Dieser freie Zugang ist aber bis dato immer noch verwehrt, sollte aufgrund eines noch in der letzten Regierungszeit beschlossenen Gesetzes am 18. Februar eintreten, wird aber von politisch Akademikern und einzelnen Labour Politikern nicht für notwendig erachtet. Die neue Ministerin für *Aboriginal Affairs* Jenny Macklin hat lediglich eine Lockerung bei der Ausstellung von Besuchsberechtigungen für Journalisten angekündigt (zit.in "Opinion", 2007a). Es soll also weiterhin keine offene Berichterstattung über die Entwicklung der selbstverwalteten Aboriginesiedlungen geben, was man vielleicht in China und Nordkorea erwarten würde, aber nicht in Australien. Und Michael Mansell, Vorsitzender des Aboriginal Council in Tasmanien verlangt – unbeeindruckt und lernunfähig – die Behörden mögen sich total aus den *Aboriginal communities* zurückziehen, was eine Rückkehr zu allen Übelständen bedeuten würde. „Das schlechte Verhalten in diesen Kommunen“, so wird er von Stuart Rintoul zitiert, „ist eine direkte Konsequenz der andauernden Einmischung von Weißen, was zu einem Zusammenbruch der indigenen Autoritätsstrukturen führte“ (Rintoul 2007b).

Ein Ende der Verdrängungen ist noch nicht in Sicht.

Bibliographie

- Akerman, Piers (2007) „One people - a hole lot of failed policies”. <http://blogsnews.com.au/dailytelegraph/piersakerman/index.php/dailytelegraph/comments>
- Coombs, H.C. (1978) *Kulinma: Listening to Aboriginal Australians*. Canberra: ANU Press.
- Coombs, H.C. (1990) *The Return of Scarcity: Strategies for an Economic Future*. Cambridge University Press.
- Cowlishaw, Gillian (2003): “Euphemism, banality, propaganda: anthropology, public debate and indigenous communities”. *Australian Aboriginal Studies*, 1, 2-18.
- Kearney, Simon (2007): “Communities demand further alcohol bans”. *The Weekend Australian*, 10-11 November, section ‘The Nation’, 11.
- Koch, Tony (2007): “Community breakdown.” *The Weekend Australian*. 29-30 December, 21.
- Lateline (2007) “Child abuse rife in Aboriginal communities: report”. ABC

- program. 15 June, transcript:
www.abc.net.au/pm/content/2007/s1952877.htm
- McKenna, Michael (2007): "Carer 'banned' after complaints on rape case". *The Weekend Australian*, 15-16 December, 5.
- Nelson, Brendan (2008): Speech in the Lower House. Zit. in *The Age*, 14 Feb, 2.
- Nowra, Louis (2007) *Bad Dreaming. Aboriginal men's violence against women and children*. North Melbourne: Pluto Press.
- Opinion (2007a) "Time to Permit the Truth to be Told". *The Weekend Australian*, 8-9 Dec., 18.
- Opinion (2007b) "A Brutal Reminder of Real National Shame". *The Weekend Australian*, 15-16 Dec., 18.
- Pearson, Noel (2007): "Blame Game Ends Here". *The Weekend Australian*, 15-16 Dec., 24.
- Pearson, Noel (2008): "Agendas of addiction". *The Weekend Australian*, 1-2 March, 15.
- Robinson, Natasha (2008): "'Old guard' in Rudd's path". *The Australian*, February 23-24, 1.
- Rintoul (2007a): "Integration job like a post-war reconstruction". *The Weekend Australian*, Dec 1-2, 2007, 6.
- Rintoul, Stuart (2007b) „Pay \$1 bn to Stolen People: Mansell“. *The Weekend Australian*, 15 - 16 Dec, 5.
- Sales, Leigh (2007) Interview with Professor Peter Sutton. 26 Juni.
<http://www.abc.net.au/lateline/content/2007/s1961695.htm>
- Sutton, Peter (2001): „The Politics of Suffering. Indigenous policy in Australia since the 1970s.“ *Anthropological Forum* 11:2, 125-173
- (2005): "Rage, reason and the honourable cause: a reply to Cowlshaw." *Australian Aboriginal Studies*. No 2, 35-43.
- (2008): Personal correspondence.
- Uebergang, Kate (2007): „Black leader loses rape-case appeal“. *Mercury*, 12 December.